

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 21.02.2006 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal  
des Rathauses  
- Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 20.02.2006 -

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeisterin Gold  
Stadtrat Heisel  
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene  
Stadtrat Jeschke  
Stadträtin Sagol (ab 17.55 Uhr, Ziffer 2)

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm  
Stadtrat Lux  
Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Straßberger  
Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Ley (ab 18.06 Uhr, Ziffer 2)  
Stadtrat May  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer  
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner  
Amträtin Erdel  
Amtmann Winterstein  
Dipl. – Ing. Richter

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Arayici  
Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadtrat Mahlmeister  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat Müller  
Stadtrat Haag

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

## 1. Beratung des Investitionsprogramms 2006 mit Finanzplanung 2005 – 2009

### A. Anfragen aus der Sitzung vom 20.02.2006

#### a) 0600.9351 – Feuersichere Schränke für die Personalakten

Oberbürgermeister Moser bittet Amtmann Winterstein hinsichtlich der Neuanschaffung der Personalaktenschränke kurz Stellung zu nehmen.

Amtmann Winterstein weist darauf hin, dass es sich bei den Personalakten – sowohl der ehemaligen als auch der aktiven Beschäftigten – um Registratur und Archivgut handle, welche nach der Schriftgutverordnung der Stadt Kitzingen feuersicher aufzubewahren seien. Er ergänzt, dass man aus Kostengründen bereits auf feuerhemmend zurück gegangen sei. Hinsichtlich der Frage, ob die Personalakten der Ehemaligen im Archiv aufbewahrt werden könnten, gibt er zu Bedenken, dass dies auch in feuersicheren bzw. feuerhemmenden Schränken geschehen müsse. Aufgrund einer ständigen Zugriffsmöglichkeit auf den Personalaktenbestand der ehemaligen Beschäftigten halte er es für wenig sinnvoll, die Akten in das Archiv auszulagern.

Stadtrat Schmidt fragt nach der Möglichkeit, eine Ecke in der Registratur – nach Fertigstellung des Museums/Archivs – abzumauern und diesen Bereich durch eine feuersichere Tür abzuschirmen. Somit wären die Personalakten feuersicher aufbewahrt, was weiterhin in den bisherigen Blechschränken geschehen könnte.

Amtmann Winterstein bejaht grundsätzlich diese Möglichkeit.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer schlägt daraufhin vor, den Ansatz im Jahr 2006 (10.000,00 €) zu streichen und den Ansatz für das Jahr 2007 (6.000,00 €) - für eine mögliche Umsetzung in der Registratur - beizubehalten.

#### **Mit 21 : 0 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, den Ansatz im Jahr 2006 in Höhe von 10.000,00 € zu streichen und den Ansatz im Jahr 2007 von 6.000,00 € unverändert im Haushalt zu belassen.

#### b) 6309.9501 – Nordtangente, Prüfung eines Kreisverkehrs im Bereich Wilhelmshöhe

Auf die Bitte in der Stadtratssitzung vom 20.02.2006 hin, die Möglichkeit des Kreisverkehrs im Bereich Wilhelmshöhe bei der Regierung anzusprechen, verweist Oberbürgermeister Moser auf den vorliegenden Gesprächsvermerk vom Termin bei der Regierung von Unterfranken. Er erklärt, dass der Kreisverkehr eine wesentliche Änderung darstelle und das weitere Verfahren aufgrund eines neu zu fassenden Planfeststellungsbeschlusses mindestens für zwei Jahre verzögern werde. Zudem sei dann die Zuschusssituation nicht mehr gesichert. Abschließend weist er darauf hin, dass das Straßenbauamt Würzburg als Straßenbaulastträger keinem Kreisverkehr zustimmen würde.

Einige Stadträte äußern ihren Unmut über das Vorgehen der Stadt sowie die Antwort der Regierung, wogegen ein Teil der Stadträte den Argumenten hinsichtlich der Verzögerung sowie der Zuschusssituation zustimmen.

Auf eine ausgiebige Diskussion aller Stadtratsmitglieder hinsichtlich des Kreisverkehrs stellt 2. Bgmin Gold, den Antrag auf Schluss der Debatte.

**Mit 21 : 0 Stimmen**

Dem Antrag von 2. Bgmin Gold auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

2. Bgmin Gold stellt den Antrag, die Möglichkeit des Kreisverkehrs nochmals ernsthaft zu prüfen. Dabei sollen alle wesentlich beteiligte Stellen nochmals mit einbezogen werden. Sie bittet, dass ein Herr von der Regierung von Unterfranken hierzu im Rahmen einer Stadtratssitzung Stellung nimmt.

**Mit 8 : 13 Stimmen**

Der Antrag von 2. Bgmin Gold findet Zustimmung.

Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass somit der Kreisverkehr im Bereich Wilhelmshöhe nicht weiter verfolgt werde.

**B. Allgemeine Anfragen****a) Anfrage der UsW zum Einzelplan 6 und 7, Tiefbaumaßnahmen**

Die UsW-Fraktion erbittet im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Vortrag hinsichtlich der Notwendigkeit der in der mittelfristigen Finanzplanung enthaltenen Tiefbaumaßnahmen, in dem alle notwendigen Maßnahmen im Zusammenhang dargestellt werden.

Oberbürgermeister Moser weist hinsichtlich des Vortrages daraufhin, dass dieser in einer gesonderten Sitzung erfolgen sollte

Stadtrat Schmidt stimmt Oberbürgermeister Moser zu und bittet hierbei die Änderungen aus den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen.

Hiermit besteht Einverständnis.

**b) Anfragen der FBW bzw. CSU zum Einzelplan 6 und 7**

Die FBW fordert eine Diskussion, ob die Erschließungskosten bzw. der Unterhalt der Straßen bei Gesellschaften bzw. Bauträgern weiterhin von der Stadt übernommen werden.

Die CSU bittet bis spätestens 30.06.2006 über die Stundung der Erschließungskostenbeiträge im Stadtrat berichtet zu haben.

Oberbürgermeister Moser weist hinsichtlich der weiteren Übernahme von Erschließungs- bzw. Unterhaltskosten durch die Stadt darauf hin, dass hierüber eine Grundsatzdiskussion in einer gesonderten Sitzung geführt werden müsste.

Hinsichtlich der Stundungen weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass dies im Rahmen der Finanzausschusssitzung vom 09.02.2006 abgearbeitet worden seien.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

**c) Anfrage der CSU bzw. FBW Fraktion zum Einzelplan 8.**

Die CSU-Fraktion möchte bezüglich der Veräußerung von Grundstücken über Ihren Beschlussantrag vom 27.01.2006, ob die Vermarktung des Hanmerstiels bzw. des

Buddentals durch ein Immobilienbüro oder durch die Bank geschehe, entschieden haben.

Die FBW-Fraktion beantragt bei den neuen Wohn- bzw. Gewerbegebieten eine vorrangige Priorität in der Vermarktung. Zudem bitten sie durch Preisnachlässe Anreize zu schaffen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Verwaltung den Anträgen der CSU sowie der FBW positiv gegenüber stehe. Es sollten aber beide in gesonderter nichtöffentlicher Sitzung diskutiert werden.

Nach beginnender Diskussion stellt Berufsmäßiger Stadtrat Groß fest, dass am 2. April im Rahmen des Frühlingsfestes der Bauherrentag stattfinden werde. Er schlägt vor das Thema Vermarktung in der Stadtratssitzung am 16.03.2006 zu behandeln.

Hiermit besteht Einverständnis.

d) Anfrage Stadträtin Schmidt Hst. 7911.9590 – Konversion

Stadträtin Schmidt fragt nach, weshalb es bei der o. g. Haushaltstelle gemäß Änderungsliste 1 sich eine Erhöhung von 25.000,00 € ergeben habe.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass diese Summe aufgrund der Beteiligung an der Messe EXPO-REAL eingestellt werden musste. Er weist aber auch darauf hin, dass im Rahmen von Stadtumbau West eine Zuschuss in Höhe von 12.500,00 € (Hst. 7911.3610) beantragt werde.

Zudem bittet Stadträtin Schmidt um turnusmäßige Informationen bezüglich der Konversion.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass dies ohnehin geplant sei und demnächst eine Veranstaltung mit Drees & Sommer stattfinden werde, wozu die Stadtratsmitglieder eingeladen werden.

2. Beratung des Verwaltungshaushaltes 2006

A. Einzelplan 0

a) 0000.6314 – Städtepartnerschaften

Die CSU Fraktion beantragt eine Erhöhung des Ansatzes von 7.500,00 € auf 10.000,00 €

Amtsrat Hartner weist darauf hin, dass in den Jahren 2004 (20-Jahre Städtepartnerschaft) und 2005 (Fahrt nach Prades) der Ansatz nur aufgrund dieser Aktivitäten überschritten wurde. In Jahren ohne besondere Ereignisse reichen jedoch die Mittel von 7.500,00 € aus. Er weist abschließend darauf hin, dass im Jahr 2009 das 25jährige Jubiläum anstehen werde, wo er einen Ansatz von 15.000,00 € für sinnvoll halte.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es bleibt beim Ansatz von 7.500,00 €.

b) 0000.6321 – Öffentlichkeitsarbeit

Die FBW fragt aufgrund des nicht eingehaltenen Stadtratsbeschlusses „Zuschuss TV-Touring 2004“ nach, ob der dadurch entstandene Schaden an die Kassenversicherung gemeldet wurde.

Amtsrat Hartner erklärt, dass der Schaden in Höhe von 1.473,35 € an die Kassenversicherung gemeldet wurde und er am heutigen Tag die Zusage erhalten habe, dass 90 % des Schadens durch die Kassenversicherung übernommen werden.

Dies wird wohlwollend zur Kenntnis genommen.

c) 0000.6540 – Dienstreisen

Die FBW möchte die Überschreitung des Budgetrahmens der Dienstreisen erklärt wissen.

Hierzu wird die Stellungnahme des Hauptamtes zur Kenntnis genommen.

d) UA 0201 – Verkauf von Büchern

Die FBW fordert ein Konzept zur Vermarktung des Bücherbestandes

Amtsrat Hartner geht zunächst auf den Grundgedanken des damaligen Antrags von Stadträtin Wallrapp ein, laut dem die Verwaltung hinsichtlich der Bücher sensibillisiert werden sollte. Er weist darauf hin, dass dies beim Buch von Herrn Dr. Riegel mit dem Verfahren „print on demand“ bereits geschehen sei. Er geht auf die nach und nach abnehmenden Bestände ein und weist darauf hin, dass die Erstellung eines Konzeptes nicht notwendig sei. Abschließend teilt er mit, dass das Synagogenbuch beispielsweise bei der Kleinmann-Ausstellung in der Synagoge zum Verkauf angeboten werden könnte.

Dies wird wohlwollend zur Kenntnis genommen.

e) 0201.6521 – Fernsprechgebühren allgemein

Die CSU wünscht eine Untersuchung inwieweit durch Billigrufnummern die Fernsprechgebühren gesenkt werden könnten.

Amtsrat Hartner verweist auf die Stellungnahme des EDV-Sachgebiets. Stadträtin Schwab teilt nochmals den Grundgedanken ihres Antrages mit, dass versucht werden sollte durch sog. Vorschalttelefonnummern beispielsweise bei überregionalen Telefonaten, Kosten einsparen zu können.

Amtsrat Hartner sagt daraufhin eine interne Hausmitteilung diesbezüglich zu.

f) UA 0291 – Erstattungen der Stadtbetriebe GmbH

Die UsW fordert eine 100 %ige Verrechnung der persönlichen Ausgaben mit der Stadtbetriebe GmbH.

Alle persönlichen Ausgaben zuzüglich eines Sachkostenzuschusses von 2 % werden der Stadtbetriebe GmbH durch die Personalverwaltung in Rechnung gestellt. Der zu niedrige Ansatz bei Hst. 0291.1654 sei bereits per Änderungsliste 1 auf 157.800,00 € korrigiert worden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

g) 0331.2616 – Verzinsung von Steuernachforderungen (Gewerbsteuer)

Die CSU möchte erläutern haben, weshalb die Verzinsung von Steuernachforderungen 2006 nur mit 110.000,00 € angesetzt werden, bei einem Rechnungsergebnis 2004 von 388.071,19 € und einem vorl. Rechnungsergebnis 2005 von 269.870,00 €.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Es bleibt beim bisherigen Ansatz.

h) 0331.8412 – Verzinsung von Steuererstattungen (Gewerbsteuer)

Die CSU möchte erläutern haben, weshalb die Verzinsung von Steuernachforderungen 2006 nur mit 60.000,00 € angesetzt werden, bei einem Rechnungsergebnis 2004 von 201.356,48 € und einem vorl. Rechnungsergebnis 2005 von 269.870,00 €.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Es bleibt beim bisherigen Ansatz.

i) 0600.4690 – Ausgleichsausgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Die CSU bittet um Erklärung, weshalb für 2006 Ausgaben von 15.000,00 € vorgesehen sind, bei einem Rechnungsergebnis 2004 von 7.163,48 € und einem vorl. Rechnungsergebnis 2005 von 11.184,00 €.

Die Stellungnahme der Personalverwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

j) 0600.5310 – Mieten für Gebäude Schulhof 4 (Bauamt)

Die FBW bittet um Prüfung, ob die Anmietung einer Garage als Lager weiterhin erforderlich sei.

Die Kosten für die seit April 1996 angemieteten Garage belaufen sich auf mtl. 129,53 € und sie wird bislang als Unterstellplatz der Handreiniger sowie als Materiallager genutzt, da der Umbau der Bauamtsregistratur noch nicht realisiert wurde. Werden der Umbau der Registratur nicht weiter verfolgt, so könnte für die Straßenreiniger eine andere Unterkunft gesucht und der Mietvertrag gekündigt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

k) 0600.6320 – Aufwendungen für Verwaltungsreform, Motzko-Konzept

Die CSU möchte die Umsetzungen der Ergebnisse des Motzko-Konzeptes erläutern wissen.

Die FBW fragt nach, zu welchem Zeitpunkt das Motzko-Konzept umgesetzt werde.

Die Stellungnahme der Personalverwaltung, welche Bereiche des Konzeptes umgesetzt seien, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die weitere Beratung soll nichtöffentlich im Rahmen der Stellenplanberatungen erfolgen.

l) 0600.6555/7000.6555 – Einführung GIS

Die UsW bittet um Darstellung der Bearbeitung von GIS in personaltechnischer Hinsicht sowie der Niederschlagung im Haushalt.

Bei der Hst. 0600.6555 bzw. 7000.6555 sind jeweils 2.000,00 € für die laufenden Kosten der GIS-Einführung veranschlagt. Es ist davon auszugehen, dass diese Aufgabe vom vorhandenen Personal erfüllt werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

m) 0600.6559 – Sachverständigenkosten für Modellversuch Heizkosteneinsparung Bauamt

Die CSU bittet um Erläuterung des Ergebnisses zum Modellversuch über die Heizkosteneinsparung im Bauamt.

Die Stellungnahme von der Bauverwaltung hierzu wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

n) 0601.6327 – EDV Kosten an PCS für städtische Internetseiten

Die CSU möchte erklärt haben, wie es zur Steigerung im AO-Soll 2005 auf 9.057,00 € gegenüber dem Haushaltsansatz von 5.100,00 € gekommen sei.

Den Mehrausgaben von 3.957,00 € stehen Einnahmen bei Hst. 0601.1590 von 3.980,00 € gegenüber, so dass das Budget von 5.100,00 € insgesamt eingehalten wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

o) 0614.6550 – Kosten für Fachkraft Arbeitssicherheit

Die FBW bittet um Überprüfung der Vertragsverlängerung mit dem Ziel der Kostenreduzierung. Zudem bitten sie um Prüfung einer interkommunalen Zusammenarbeit

Hierzu wird die Stellungnahme der Personalverwaltung zur Kenntnis genommen

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 0 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 2

a) 2000.40SN – Schulen, Sport, Jugend – Persönliche Ausgaben

Die CSU bittet um Erläuterung des Ansatz 2006 von 137.400,00 € bei einem Rechnungsergebnis 2004 von 95.244,84 € und einem vorl. Rechnungsergebnis 2005 von 112.354,00 €.

Die Personalverwaltung weist darauf hin, dass sich diese Steigerung aufgrund einer Altersteilzeit-Freistellungsphase und gleichzeitiger Nachbesetzung dieser Stelle ergebe.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

b) 2901.6393 – Schülerbeförderung, Zuwendungsfähige Fahrten

Die CSU möchte die Mehrkosten, die durch die Einrichtung der Linie Etwashausen entstanden seien, erläutern haben.

Stadtrat Weiglein fragt nach der Anzahl der zu befördernden Kindern.

Amtsrat Hartner erläutert die Anzahl der zu befördernden Kinder in den einzelnen Jahren der Klassen 1 – 4 in die Siedlung. Er weist aber auch darauf hin, dass die Stadt Kitzingen 90 % der dadurch entstandenen Ausgaben erstattet bekomme.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

### C. Einzelplan 3

#### a) UA 3009 – Alte Synagoge, Vorträge

Die FBW beantragt in der Alten Synagoge bei „Arztvorträgen“ im Winter für die Heizung einen Unkostenbeitrag von 2,00 € zu erheben.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.  
Oberbürgermeister Moser schlägt daraufhin vor, bei derartigen Veranstaltungen die Möglichkeit zur Spendengabe zu eröffnen, worauf in der Veranstaltung auch hingewiesen werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

#### b) UA 3009/3501 – Alte Synagoge und Volkshochschule

Die FBW bittet, dass die Gründung eines Kultur-Fördervereins, zur Mithilfe bei Veranstaltungen, angestrebt werde.

Die Stellungnahme der Volkshochschule, laut der eine Gründung eines Kultur-Fördervereins wenig sinnvoll sei, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### c) Budget der Alten Synagoge

Amtsärztin Erdel weist darauf hin, dass das in der Sitzung vom 26.01.2006 beschlossene Budget der Alten Synagoge (68.986,00 €) aufgrund einer Nachrechnung geringfügig korrigiert werden müsse. Dies sei bereits mit Frau Küspert abgeklärt.

#### **Mit 23 : 0 Stimmen**

Das Budget für die Alte Synagoge für das Jahr 2006 beträgt 68.225,00 €

#### d) 3111.6321 – Städtisches Archiv, Veröffentlichungen

Die FBW fragt nach, ob Herr Dr. Riegel als Entgegenkommen für die Übernahme der Druckkosten oder gegen Honorar Referate in der Volkshochschule halte.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Herr Dr. Riegel für seinen Vorträge kein Honorar bekommt.

#### e) UA 3221 – Ehemalige Kitz-Galerie

Die KIK bittet um eine Information hinsichtlich der Verwendung bzw. Versicherung der ehemaligen Kitz-Galerie.

Die Wohnung im 1. OG ist seit 01.05.04 wieder vermietet, wobei sich die jährl. Mieteinnahmen auf 3.294,00 € (ohne Nebenkosten) belaufen (vereinnahmt: Hst. 8801.1411). Die Räume im EG wurden vorläufig dem Papiertheater gegen Erstattung der Nebenkosten überlassen. Ein neuer gewerblicher Mieter wurde noch nicht gefunden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

f) UA 3311 – Häckerbühne

Die FBW fordert eine Loslösung von der Mitverwaltung der Häckerbühne durch die Stadtverwaltung/Hauptamt, ansonsten solle ein Verwaltungskostenbeitrag ausgewiesen werden.

Amtsrat Hartner weist darauf hin, dass die Nachwuchsgewinnung für die „Häcker-Chronik“ der Stadt Kitzingen der Gründungszweck der Häckerbühne e. V. gewesen sei. Der großartige Erfolg der Häckerchronik im Jahr 2005 komme u. a. deshalb zustande, weil die Schauspieler durch ihr Engagement bei der Häckerbühne regelmäßig spielen können. Mit Blick auf den erreichten Gründungszweck stelle sich die Frage nach der Verselbständigung nicht.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

g) 3400.6790 – Heimatpflege, Leistungen Bauhof Gärtnerei

Die FBW-Fraktion möchte wissen, ob es sich bei den Kosten von 1.424,14 € um einen Zuschuss zum Silvesterfeuerwerk handelte.

Hierbei handelte es sich nicht um einen Barzuschuss, sondern um Arbeitsleistungen des Städt. Bauhofes die für das Silvesterfeuerwerk zum Jahreswechsel 2004/2005 erbracht wurden (Absperrungen, Reinigung).

Dies wird zur Kenntnis genommen.

h) 3651.7110 – Denkmalschutz- und pflege, Denkmalentschädigungsfonds

Die CSU-Fraktion bittet um Erläuterung des Rechnungsergebnisses 2004, des Anordnungssolls 2005 sowie des Ansatzes von 2006.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

D. Einzelplan 4

a) UA 4351 und UA 8801 – Städt. Wohn- und Geschäftsgrundstücke, Obdachlosenwohnungen

Die KIK bittet um Erläuterung der Mieteinnahmen städtischer Gebäude, beispielsweise der Grabkirchgasse 4/6.

Oberbürgermeister Moser weist auf die Stellungnahme der Verwaltung hin. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Reduzierung der Einnahmen mit Leerständen (beispielsweise aufgrund Sanierungen, Mieterwechsel, oder möglicher Veräußerungsabsicht) zu tun habe. Die Leerstände seien noch annähernd durchschnitt, müssten aber künftig verstärkt beachtet werden.

Auf die Anregung, die Mieten aufgrund dessen anpassen zu müssen antwortet Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer, dass für Wohnungen, wenn sie aus der Wohnungsbindung herauskommen, theoretisch eine Mieterhöhung möglich wäre. Fraglich sei jedoch, ob der Markt eine solche hergebe. Der Ansatz von 370.000,00 € sollte belassen werden.

Stadtrat Schmidt fragt hinsichtlich möglicher Veräußerungen nach, um welches Gebäude es sich handle, wie lange es leer stehe und wer die Entscheidung hierzu getroffen habe.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass es sich um das Gebäude in der Landwehrstraße 17 handle, welches ungefähr ein halbes Jahr leer stehe. Die Veräußerung sei verwaltungsintern mit der Feuerwehr sowie dem Stadtbauamt abgesprochen. Bezüglich der Verkaufsbedingungen werde demnächst eine Entscheidung des Finanzausschusses bzw. Stadtrats erforderlich.

Stadtrat Schmidt spricht seinen Unmut über dieses Vorgehen aus und hätte eine vorherige Information und Entscheidung des Gremiums befürwortet.

b) 4351.1411 – Unterkünfte für Obdachlose

Die FBW bittet um Auskunft hinsichtlich Zustand, Ausstattung, Umsiedlung der Mieter sowie Kostenanfall bei geringer Belegung. Zudem bitten sie um Prüfung der Abrissmöglichkeit.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass sie eine Grundsatzentscheidung, ein Gebäude abzureißen, befürworte, da ihrer Auffassung nach nicht jede Wohneinheit auch aufgrund der Bausubstanz sowie der Folgekosten benötigt werde.

Oberbürgermeister Moser weist auf die Stellungnahme der Verwaltung hin, laut der die BauGmbH eine Grundsatzentscheidung befürworte und der Aufsichtsrat sich in einer Sitzung damit beschäftigen werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt Stadträtin Wallrapp vom Prinzip her Recht. Von den drei Objekten in der Egerländer Straße/Tannenbergstraße werden max. zwei benötigt, so dass das Gebäude mit der schlechtesten Bausubstanz abgerissen werden könnte. Über das Förderprogramm „Soziale Stadt“ könne man hierzu Zuschüsse bekommen. Dies sei aber erst im Detail zu überprüfen.

c) 4512.7004 – Kinder und Jugenderholung, Zuschüsse an Stadtjugendforum

Die FBW möchte den Zuschuss an das Stadtjugendforum gestrichen haben, dafür einen Zuschuss für Waldkindergarten „Pustebume“ gewähren.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass sie den Zuschuss nicht streichen möchte, sondern die Verteilung an die Vereine und Verbände sollte durch die Stadt und nicht über das Stadtjugendforum erfolgen. Aus Gleichheitsgründen bittet sie dies zu regulieren. Ihrer Meinung nach sollten diese Mittel in den Topf der freiwilligen Leistungen fließen um bei vorliegenden Anträgen das Geld dann verteilt werden.

Amtsrat Hartner schlägt vor, sich an die Person, die die Verwendung der Mittel verwaltet, zu wenden und zu hinterfragen, ob der Begünstigte sehe, dass das Geld von der Stadt Kitzingen komme.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Sitzung des Finanzausschusses am 07.03.2006, in der verschiedene Anträge aus diesem Bereich behandelt werden. Zudem weist er darauf hin, dass Herr Pfarrer Ahrens in dieser Sitzung anwesend sein werde und hierzu ebenfalls Stellung nehmen könnte.

Hiermit besteht Einverständnis.

d) 4601.5310 – Hort Spielraum e. V., Mieten für Gebäude und Grundstücke

Die FBW bittet den Mietvertrag aufgrund der hohen Nebenkosten zu überprüfen.

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass die Stadt Kitzingen im letzten Jahr das Doppelte an Mietnebenkosten (11.000,00 €) hat bezahlen müssen. Sie bittet um Überprüfung der Nebenkosten und weshalb dies niemand nachgeprüft habe. Zudem bittet sie um Prüfung, inwieweit dieser Schaden der Kassenversicherung gemeldet werden könne.

Amtsrat Hartner geht kurz auf die Stellungnahme ein und sagt zu, dass die Nebenkosten nochmals vom zuständigen Sachgebiet überprüft werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer schlägt ergänzend vor, dass eine Mitarbeiterin der BauGmbH die Nebenkostenabrechnung überprüfen könne, falls dies gewünscht werde. Eine Meldung an die Kassenversicherung halte er für sinnvoll.

e) UA 4999 (bis 2005 4900) – Glückwunschenthebungsaktion und Mietkostenzuschuss an Rheuma-Liga

Die FBW bittet um Auskunft über die Höhe der Inseratskosten zur Glückwunschenthebungsliste sowie über den Mietkostenzuschuss an die Rheuma-Liga.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

E. Einzelplan 5

a) UA 5821 – Stadtgärtnerei und Friedhöfe

Die UsW bittet um Prüfung, ob aufgrund der Alterstruktur der derzeitigen Friedhofsgärtner dies zu einer mittelfristigen Privatisierung zur Kosteneinsparung führen könnte.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass hierüber im Rahmen der Stellenplanberatungen nochmals nichtöffentlich diskutiert werden könne.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

F. Einzelplan 6

a) UA 6001 – Bauverwaltung

Die CSU bittet um Erläuterung der Ausgabenentwicklung Rechnungsergebnis 2004, Anordnungssoll 2005 sowie Haushaltsansatz 2006.

Die Stellungnahme wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

b) UA 6011 – Hochbau

Die CSU bittet um Erläuterung der Ausgabenentwicklung Rechnungsergebnis 2004, Anordnungssoll 2005 sowie Haushaltsansatz 2006.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

c) 6021.5622 – Tiefbau, Fortbildungskosten

Die CSU möchte die Erhöhung des Ansatzes für die Fortbildungskosten von 1.500,00 auf 5.000,00 € erklärt haben.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

d) 6131.6551 – Bauordnung, Sachverständigenkosten für statische Prüfungen

Die CSU möchte das Rechnungsergebnis 2004, das vorl. Rechnungsergebnis 2005 sowie den Haushaltsansatz 2006 überprüft haben.

Die Stellungnahme der Bauverwaltung wird zur Kenntnis genommen.

e) 6300.6550 – Brückenhauptprüfungen

Die CSU bittet um Erläuterung, welche Brücken untersucht wurden und welche im Finanzplanungszeitraum noch zu untersuchen seien.

Stadtrat Weiglein nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis und fragt nach, ob die veranschlagten Mittel 2006 in Höhe von 20.000,00 € (Finanzplanung 2007 – 2009 je 5.000,00 €) dafür ausreichen werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass die Abarbeitung Schritt für Schritt geschehen werde und er davon ausgehe, dass der Ansatz ausreiche.

f) 6752.6721 – Winterdienst, Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Die CSU bittet um Verhandlungen mit dem Landkreis Kitzingen, ob dieser die Baulastträgerschaft für die Zukunft übernimmt.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass der Landkreis die Übernahme der Gemeindeverbindungsstraße Mainsondheim abgelehnt habe und es derzeit keinen neuen Sachstand gebe.

Amtsärztin Erdele ergänzt, dass der Landkreis nicht abgeneigt gewesen wäre, jedoch die Regierung ihr Einverständnis hierzu nicht gegeben habe.

Stadtrat Weiglein bittet diese Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu und ergänzt, dass man in Zusammenhang mit einer weiteren Maßnahme bereits wieder tätig werde.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 6 bleiben unverändert.

G. Einzelplan 7a) 7000.1111 – Kanalbenutzungsgebühren

Die CSU bittet um Erläuterung der Einnahmeentwicklung hinsichtlich der Kanalbenutzungsgebühren.

Die ausführliche Stellungnahme der Finanzverwaltung wird zur Kenntnis genommen.

b) 7000.6556 – Kanalnetzüberrechnung

Die CSU möchte die Erforderlichkeit einer weiteren Kanalnetzüberrechnung dargelegt haben.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

c) 7189.6325 – Kläranlage, Zusätze und Verbrauchsmittel

Die CSU bittet um Erläuterung des Rechnungsergebnisses von 2004 sowie des Ansatzes von 2006.

Stadtrat Weiglein bezeichnet den Verbrauch als nachvollziehbar und nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

d) 7911.6329 – Wirtschaftsförderung, Werbeaktionen

Die CSU fordert eine Reduzierung des Ansatzes von 25.000,00 € auf 2.500,00 €, wenn die Baugebiete durch Dritte außerhalb der Verwaltung veräußert werden.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass nach entsprechendem Beschluss auch der Ansatz reduziert werden könnte.

e) UA 7920 - Anrufsammeltaxi

Die FBW möchte den Rückgang der Förderung durch den Landkreis von bisher 66 % auf 33 % in 2006 begründet haben.

Amtsrätin Erdel teilt mit, dass der Landkreis für das Jahr 2006 nochmals eine Förderung von 66 % in Aussicht gestellt habe, jedoch für 2007 dieser Fördersatz voraussichtlich nicht beibehalten werden könne.

Stadträtin Wallrapp nimmt dies wohlwollend zur Kenntnis. Sie bittet aber sich mit der OVF zusammzusetzen, dass Linien in Kitzingen, die selten genutzt werden, nicht gestrichen werden. Als Konsequenz sehe sie dann, die Gebühren für das Anrufsammeltaxi zu erhöhen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

## H. Einzelplan 9

a) 9000.0812 u. UA 1122 – Verkehrsüberwachung, Verwarnungsgelder

Die FBW beantragt die Einführung einer kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband „Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass dieser Antrag in der Stadtratssitzung vom 05.12.2002 mehrheitlich abgelehnt wurde, jedoch in der Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 21.03.2006 nochmals behandelt werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 9 bleiben unverändert.

## I. Allgemeine Anfragen

### a) Antrag der FBW hinsichtlich der Versicherungen

Die FBW bittet, alle finanziellen Ausfälle durch Bearbeitungsfehler oder Nichteinbringung von Forderungen an die Kassenversicherung bzw. Haftpflichtversicherung zu melden. Zudem bitten sie um Überprüfung und Neuordnung der gesamten Versicherungsabschlüsse.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird wohlwollend zur Kenntnis genommen.

### b) Antrag der FBW hinsichtlich der Raumbellegung im Rathaus

Die FBW bittet um Überprüfung der Raumbellegung im Hinblick auf Besucherfreundlichkeit und der Nutzung des vorhandenen Aufzuges.

Die Stellungnahme der Personalverwaltung wird zur Kenntnis genommen.

### c) Anfrage von 2. Bgmin Gold

#### 6101.6551 - Mittel zur Erstellung eines Standortkonzeptes „Mobilfunk“

2. Bgmin Gold gibt hinsichtlich der Beratung in der Finanzausschusssitzung vom 26.01.2006 zu Bedenken, dass die Fa. anbus lediglich eine Prognose-Messung durchführe und eine Förderung in der genannten Höhe unwahrscheinlich sei. Laut der Aussage von Rechtsrätin Schmöger sei eine Standortkonzept (Fa. E-Norm) die einzige Möglichkeit, dem Mobilfunk ansatzweise Herr zu werden. Daher bittet sie, bis zu einer entgeltigen Entscheidung 30.000,00 € im Haushalt einzustellen, um sich nicht mit dem Haushaltsansatz für die Fa. anbus festgelegt zu haben. Oberbürgermeister Moser sagt dies grundsätzlich zu, vorausgesetzt die Mehrheit befürwortet diesen Antrag.

#### **Mit 21 : 2 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, bei der Haushaltsstelle 6101.6551 den Ansatz auf 30.000,00 € zu erhöhen.

### d) Anfrage von Stadträtin Schmidt Gebäudebudget in den Schulen

Stadträtin Schmidt fragt nach, inwieweit die Möglichkeit bestehe, in das Budget der Schulen auch die Betriebskosten wie Heizung, Strom dergleichen einzubeziehen. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer antwortet, dass dies so angedacht sei. Im Jahr 2006 werde man dies vorbereiten, so dass voraussichtlich für das Jahr 2007 die Budgets entsprechend erweitert werden können.

### e) Anfrage von Stadtrat Popp Sanierung Kommunaler Altdeponien

Stadtrat Popp möchte wissen, bei welcher Haushaltstelle die Sanierung der kommunalen Altdeponien veranschlagt sei.

Amtsärztin Erdel antwortet, dass diese bei der Haushaltstelle 7210.6498 in Höhe von 9.750,00 € veranschlagt seien, was ein Promille der Umlagekraft 2006 der Stadt Kitzingen entspreche.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

f) Hinweis von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer  
Stiftung Alten und Pflegehilfe

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist hinsichtlich des Haushaltes 2006 der Stiftung für Alten und Pflegehilfe darauf hin, dass dieser im Verwaltungshaushalt mit 29.163,00 € schließe, wobei ein Posten für die Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 13.300,00 € enthalten sei. Der Vermögenshaushalt schließe mit 29.866,00 €, wovon 29.366,00 € der Rücklage zugeführt werden.

Dies wird wollwollend zur Kenntnis genommen.

g) Anfragen von Stadträtin Wallrapp  
Antrag von Herrn Endres – Landesbund für Vogelschutz  
Gewässerplan „Sicker“ durch die Städte Mainbernheim und Kitzingen

Stadträtin Wallrapp berichtet von einem Antrag vom Landesbund für Vogelschutz, laut dem die Fenster im Deusterturm erneuert werden müssten. Sie fragt nach, ob hierfür eine Ansatz im Haushaltsplan eingestellt werden müsse.

Amtsärztin Erdel weist darauf hin, dass diese Maßnahme nicht gemeldet sei und evtl. als außerplanmäßige Ausgabe bzw. über den Deckungsring Gebäudeunterhalt abzuwickeln sei.

Stadträtin Wallrapp berichtet gemäß eines Zeitungsartikels, dass die Städte Mainbernheim und Kitzingen einen Gewässerplan „Sicker“ erstellen sollten und möchte wissen, ob hierfür Mittel in den Haushalt einzustellen seien.

Dipl. – Ing. Richter erläutert, dass die Stadt Iphofen einen Gewässerentwicklungsplan erstellt habe, daraufhin habe die Stadt Mainbernheim nachgefragt, ob bei der Stadt Kitzingen ebenfalls Interesse bestehe. Die Pläne würden zu 15 % bezuschusst, so dass lediglich ein Eigenanteil von 1.500,00 € auf die Stadt zu käme. Mittel seien noch keine eingestellt.

Stadträtin Wallrapp berichtet zudem von Plänen der Gemeinde Albertshofen einen Radweg nach Kitzingen zu bauen. Sie fragt nach, ob für die Beteiligung ebenfalls Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssten.

Dipl. – Ing. Richter erläutert, dass Albertshofen den Radweg parallel zur Gemeindeverbindungsstraße plane, was jedoch in der Gemarkung Kitzingen nicht möglich sei. Mittel seien deshalb nicht angemeldet und nicht eingestellt.

**Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 19.20 Uhr.**

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführer  
gez.  
Müller